

Worum geht es in dem Leitbildprozess „zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft“?

Der Zugang zu „einwandfreiem, sauberem, zugänglichem und erschwinglichem Trinkwasser“ ist ein Menschenrecht. So formuliert es die UNO.

Wasser ist ein Menschenrecht.

Die Einlösung dieser Forderung verursacht nicht nur in Ländern der Dritten Welt Probleme. Auch das Bundesland Brandenburg diskutiert darüber, wie sie zukünftig noch erfüllt werden kann. Denn je weniger Menschen in einer Region leben, umso teurer wird es, sie mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser zu versorgen und die Abwässer zu beseitigen.

Die Kosten der Wasserversorgung und Entsorgung laufen uns davon.

Deshalb hat das Land Brandenburg zu diesem Thema im vergangenen Jahr den Leitbildprozess „zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft“ auf den Weg gebracht. Es geht darum, wie Kommunen, insbesondere in sehr dünn besiedelten Gebieten, die Preise für Trinkwasser und Abwasser bezahlbar halten können. Dies ist existenziell für die Lebensqualität und die Attraktivität der Kommunen für Leben, Wohnen und Arbeiten im Land Brandenburg.

Qualitativ hochwertiges und bezahlbares Trinkwasser ist unverzichtbar für die Lebensqualität und die Attraktivität der Kommunen.

Für viele Kommunen in Brandenburg zeigen die demografischen Prognosen eine deutliche Bevölkerungsabnahme bis zum Jahr 2030. Gleichzeitig steigt der Anteil der über 65-jährigen von rd. 23 % auf rd. 43 % im Jahr 2030. Damit einher geht zwangsläufig ein Rückgang der Einkommen. Das wird nicht nur die finanziellen Spielräume der Kommunen negativ beeinflussen, sondern auch ihre Möglichkeit, höhere Entgelte für Wasser und Abwasser sozial verträglich durchzusetzen.

Es wird immer schwieriger, steigende Kosten aufzufangen.

Aus dieser Kombination von Bevölkerungsrückgang, Alterung und sinkenden Einkommen ergeben sich für die Siedlungswasserwirtschaft zum Teil besorgniserregende Folgen. Dabei steckt die Siedlungswasserwirtschaft in einer Zwickmühle. Sie kann sich, vor allem aufgrund von Immobilität und der langen Abschreibungszeiträume der Anlagen, kurzfristig kaum an die demografische Entwicklung anpassen. Gleichzeitig führt ein Bevölkerungsrückgang wegen der hohen Fixkosten unmittelbar zu steigenden einwohnerspezifischen Kosten.

Die Bewältigung dieser Herausforderungen ist eine Aufgabe der Kommunen und ihrer Zweckverbände. Allerdings sind die Ursachen gesamtgesellschaftlicher Natur und sollten deshalb auch als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen werden. In dem Leitbildprozess „zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft“ sollen mittelfristige Visionen und konkrete, realistische Ziele entwickelt werden. Im Dialog mit den Beteiligten soll erkennbar werden, auf welchen Ebenen Handlungsbedarf entsteht und wie diesem angemessen begegnet werden kann.

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung: eine zentrale Zukunftsaufgabe der Kommunen und eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft.

Wie lief der Leitbildprozess?

In den zurückliegenden acht Monaten haben Akteure aus der Siedlungswasserwirtschaft, das heißt in erster Linie Zweckverbände, Betriebsführungsgesellschaften und Stadtwerke einen vorläufigen Entwurf des Leitbildes „zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft“ erarbeitet. Die Kommunen und Ämter waren zu allen Veranstaltungen eingeladen. Das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz hat den breiten landesweiten Dialogprozess in Gang gebracht und unterstützt. Das Gutachterteam hat den Prozess moderiert und fachlich beraten.

Der Auftaktveranstaltung am 08. November 2013 in der IHK Potsdam mit über 100 Teilnehmern folgten sieben thematisch gegliederte Workshops (sog. Themenforen) zu den gemeinsam identifizierten zentralen Handlungsfeldern: Organisation, Finanzierung, Technische Infrastruktur, Ressourcenmanagement sowie den spezifischen Anforderungen kleinerer Aufgabenträger.

In einem intensiven Abstimmungsprozess, begleitet von einem Beirat, haben die Aufgabenträger die aus ihrer Sicht vorrangigen Handlungsfelder diskutiert und in einem vorläufigen Entwurf des Leitbildes Ziele und Maßnahmen erarbeitet.

1. Herausforderung erkennen

♦ Gutachten „Regionale Entwicklungsszenarien in der Siedlungswasserwirtschaft unter den Bedingungen des demografischen Wandels im Land Brandenburg“

Juni - Okt. 2013

2. Themen benennen

♦ Auftaktworkshop (mit Akteuren aus Siedlungswasserwirtschaft und Kommunen)
♦ Themenfelder: Organisation, Finanzierung, Technische Infrastruktur, Ressourcenmanagement

Nov. - Dez. 2013

3. Konzentrierte Arbeitsphase einleiten

♦ themenspezifische Workshops (sog. Themenforen)
♦ gesonderte Sitzung zu den besonderen Anforderungen strukturschwacher Regionen und kleiner Aufgabenträger

Januar - April 2014

4. Ergebnisse reflektieren und bündeln

♦ Klausursitzungen (Feinabstimmung der Ziele und Maßnahmen)
♦ Bilanzworkshop (Rückkopplung mit allen beteiligten Akteuren)

April - August 2014

5. Ergebnisse kommunizieren, diskutieren und umsetzen

♦ Veröffentlichung des vorläufigen Leitbildentwurfes
♦ Regionalkonferenzen (breite Diskussion auf kommunalpolitischer Ebene)
♦ Abschlusskonferenz (Verabschiedung des Leitbildentwurfes und Umsetzungsvorbereitung)

September - Februar 2015

Wie geht es weiter?

Im Herbst 2014 findet eine breit angelegte Diskussion mit Akteuren aus Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik statt. Unterstützt durch den Städte- und Gemeindebund Brandenburg wird auf drei Regionalkonferenzen für die Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten einer zukunftsfähigen Siedlungswasserwirtschaft sensibilisiert und die entwickelten Handlungsoptionen als Grundlage künftiger kommunaler Entscheidungen kritisch überprüft. Auf der für Anfang des Jahres 2015 geplanten Abschlusskonferenz soll der überarbeitete Entwurf des Leitbildes „zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft“ verabschiedet werden.

Im nächsten Schritt gilt es, den auf kommunaler Ebene abgestimmten Leitbildentwurf umzusetzen. Ziel ist, dass sich die Landespolitik mit dem Leitbild befasst und es verabschiedet, um auf diesem Wege ein hohes Maß an Verbindlichkeit und Umsetzungskraft zu erlangen.

Der Leitbildprozess wird unterstützt durch:

Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Ansprechpartner:
Dr. Oliver Merten

Mail:
oliver.merten@mugv.brandenburg.de



Das Gutachterteam

Raum & Energie,
Institut für Planung, Kommunikation und Prozessmanagement GmbH

Mail: institut(at)raum-energie.de
www.raum-energie.de



In Kooperation mit

confideon
Unternehmensberatung GmbH

Mail: info(at)confideon.de
www.confideon.de



SWKH Rechtsanwälte

Mail: ra(at)swkh.de
www.swkh.de



Bildnachweis
Titelbild: © heidjpix/istockphoto.com
Innenteil oben links / unten rechts: Institut Raum & Energie
Innenteil übrige: VKU/regentaucher.com



Leitbild zukunftsfähige
Siedlungswasserwirtschaft

Leitbild zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft
Die Herausforderungen des demografischen Wandels meistern -
Gemeinsam Handlungsperspektiven erarbeiten



Themenfeld Organisation

Wie kann bei unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Rechtsformen in allen Teilräumen eine belastbare Organisationsstärke gesichert werden?

Organisatorisch starke Strukturen fördern die Fähigkeit zu eigenverantwortlichem Handeln. Aufgabenträger mit schwachen Strukturen sind aufgrund ihrer begrenzten Ressourcen häufig nicht mehr in der Lage, Anpassungsprozesse selbst zu entwickeln und zu vollziehen. Unterschiedliche Rahmenbedingungen in der Organisations- oder Rechtsform oder spezifische regionale Besonderheiten ziehen für die Gewährleistung einer sicheren Aufgabenerfüllung ganz unterschiedliche Anforderungen nach sich.

Zentrale Herausforderungen

- hohe Abhängigkeit von Nutzerstruktur (z. B. Einwohnerzahl und Bevölkerungsdichte)
- Beschränkung auf die Verwaltung von operativen Aufgaben
- fehlende Ressourcen zur langfristigen Planung
- Engpässe bei der Gewinnung von Facharbeitskräften

Was ist zu tun?

- Nutzung und Ausbau bestehender Kooperationen und Interessengemeinschaften
- sinnvolle Vernetzungen mit anderen Teilbereichen der Daseinsvorsorge
- frühzeitige Abstimmung mit der kommunalen und übergeordneten Planung
- Entwicklung von langfristigen Strategien (z. B. Personalentwicklungskonzepte)
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements
- Sicherung der Personalressourcen



Themenfeld Finanzierung

Wie lässt sich der Spagat zwischen kostendeckenden und bezahlbaren Entgelten bewältigen?

Es ist die Pflicht der Kommunen und Aufgabenträger, die einwandfreie Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung langfristig zu gewährleisten. Um dies nachhaltig zu sichern, ist die Erhebung kostendeckender Entgelte unverzichtbar. Hier werden allerdings zunehmend Grenzen erreicht.

Die Lösung dieses Dilemmas ist ein Balanceakt und wird durch den demografischen Wandel weiter verschärft.

Zentrale Herausforderungen

- überproportionaler Anstieg der Kostenbelastung der Nutzer gerade in strukturschwachen Gebieten
- höhere Gesamtherstellungskosten durch geringere Wasserverbräuche
- Aufgabenträger geraten ökonomisch unter besonderen Druck
- sinkend finanzielle Spielräume des Landes bei der Förderung
- schärfere Anforderungen bei der Kreditvergabe durch strengere Bankenregulierung

Dabei sind den Aufgabenträgern zur Lösung dieser Aufgabe enge Grenzen gesetzt. Eine Ausgestaltung der Entgelte, z. B. nach sozialen Gesichtspunkten, ist nicht zulässig.

Was ist zu tun?

- Mittelbereitstellung und zielgenaue Ausrichtung der Förderpolitik auf die Abfederung von Folgen des demografischen Wandels (konkrete und transparente Vorgaben und Kriterien)
- Schaffung von Rechtssicherheit durch klare gesetzliche Vorgaben zur Kalkulation der Entgelte
- langfristige Planungsrechnungen und Kalkulationsperioden
- Teilnahme am landesweiten Benchmarking als Instrument, bestehende Optimierungspotenziale zu erkennen und zu aktivieren



Themenfeld Technische Infrastruktur

Wie kann das hohe Niveau bei steigenden Kosten und rückläufiger Nachfrage erhalten werden?

Die Qualität der technischen Infrastruktur bestimmt wesentlich die Versorgungssicherheit und den ökologischen und hygienischen Standard der Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Gleichermäßen stellt sie aber auch einen großen Fixkostenfaktor für die Siedlungswasserwirtschaft dar.

Die Aufgabenträger im Land sehen sich im Hinblick auf die technischen Infrastruktur mit unterschiedlichen Entwicklungen konfrontiert. Einerseits ist eine Erweiterung bzw. Sanierung der Ver- und Entsorgungsnetze im inneren Verflechtungsraum um Berlin notwendig. Andererseits müssen sich die äußeren, eher ländlichen, Regionen an den rückläufigen Ver- und Entsorgungsbedarf anpassen.

Zentrale Herausforderungen

- veränderte Anforderungen aufgrund des demografischen Wandels sowie des Klimawandels
- kostenrelevante Anpassung von Netzinfrastrukturen nur vor dem Bau oder beim Rückbau möglich
- technische Optimierungen führen nur langfristig zu einer Reduzierung der Gesamtkosten
- keine Korrelation von aktuellen wirtschaftlichen Planungs- und Kalkulationszeiträumen mit der Geltungsdauer von übergeordneten Planungen (z. B. Bauleitplänen)

Was ist zu tun?

- differenziertes Vorgehen und integratives Handeln
- Entwicklung wirtschaftlich tragfähiger Konzepte
- Zusammenführung von verfügbarem Know-how
- Sanierung und Modernisierung von Netzen und Anlagen im Blickwinkel langfristiger Szenarien



Themenfeld Ressourcenmanagement

Wie lässt sich die Bedeutung der Ressource Wasser und ihrer Qualität noch stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken?

Die Siedlungswasserwirtschaft ist dem Ressourcenschutz nicht nur in hohem Maße verpflichtet, sondern trägt durch eine ökologisch verträgliche Entsorgung und Wiederaufbereitung von Abwasser und Niederschlagswasser auch selbst in besonderem Maße dazu bei.

Die Trinkwasserversorgung in Brandenburg wird fast ausschließlich über das Grundwasser gesichert. Eine nachhaltige Leistungsfähigkeit ist deshalb existenziell davon abhängig, dass ein ausreichendes natürliches Wasseraufkommen langfristig gesichert und geschützt wird.

Zentrale Herausforderungen

- starke Nutzungskonflikte durch neue Flächeninanspruchnahme, Druck auf die Wasserschutzgebiete
- Einflüsse aus landwirtschaftlichen Flächennutzung
- großräumige bergbaubedingte Grundwasserabsenkungen
- Belastungen durch industrielle Altlasten

Wegen dieser Herausforderungen muss dem vorbeugenden Grundwasserschutz zur nachhaltigen Sicherung einer einwandfreien Trinkwasserqualität ein unbedingter Vorrang gewährt werden.

Was ist zu tun?

- Stärkung raumplanerischer Instrumente zur Sicherung von Vorranggebieten der Trinkwassergewinnung
- Priorisierung des Grundwasserschutzes
- Gewährleistung der Versorgungssicherheit in der Region für die Region
- sinnvoller Einsatz von Ressourcen (Stichwort: Stoff- und Energiebilanz)
- Förderung ökologischer Kooperationsstrategien
- Einstellungswandel zur Wertschätzung der Ressource Wasser herbeiführen

